

## Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

### Inhalt

1	Betriebliche Aufgaben im Umweltschutz.....	2
2	Gesetze, Vorschriften und Regelungen .....	2
2.1	Immissionsschutzgesetz .....	2
2.2	Abfallentsorgung .....	3
2.3	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen .....	3
2.4	Abwasserbeseitigung .....	4
2.5	Schutz vor Gefahrstoffen .....	4
2.6	Befördern gefährlicher Güter .....	4
2.7	Altlasten, Aushub- und Abbrucharbeiten .....	5
2.8	Asbestsanierung .....	5
2.9	Künstliche Mineralfasern .....	6
2.10	Weitere Sanierungs- und Umweltaufgaben .....	6
3	Innerbetriebliche Regelungen der VGF .....	6
3.1	Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz .....	6
3.2	Fachbereiche .....	7

# 1 Betriebliche Aufgaben im Umweltschutz

Bei der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) fallen umweltrelevante Aufgaben vor allem in den technischen Fachbereichen an.

Für einen Überblick und um die Vielzahl der erforderlichen Ansprüche an den Umweltschutz darzustellen, werden die einzelnen Rechtsgebiete punktuell angesprochen. Alle diese betrieblichen Aufgaben bedürfen einzelner besonderer Vorgehensweisen und die erforderlichen Kompetenzen müssen zur Verfügung stehen.

Details und innerbetriebliche Regelungen zu den einzelnen Rechtsgebieten werden in gesonderten Dokumenten dargestellt.

## 2 Gesetzte, Vorschriften und Regelungen

### 2.1 Immissionsschutzgesetz

Zweck des Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser ... vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.

Die Einrichtung und der Betrieb von Anlagen, die auf Grund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebes geeignet sind, schädliche Umwelteinwirkungen hervorzurufen, bedürfen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) einer Genehmigung. Diejenigen Anlagen, die dieser Genehmigung bedürfen, sind in den Anhängen zur 4. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung (4. BImSchV) aufgeführt.

Die Betreiber haben genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass

- schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, sowie erhebliche Nachteile und Belästigungen nicht hervorgerufen werden können,
- nach dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung von schädlichen Umwelteinwirkungen getroffen sind,
- Abfälle vermieden bzw. ordnungsgemäß und schadlos verwertet und, soweit dies technisch nicht möglich ist, ohne Beeinträchtigungen der Umwelt beseitigt werden,
- Energie sparsam und effizient verwendet wird.

Auch bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen schreibt der Gesetzgeber vor, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach Stand der Technik vermeidbar sind.

Das BImSchG in den §§ 53 - 58 und die Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV) regeln die Aufgaben und die Stellung des Betriebsbeauftragten für Immissionsschutz. Bei der VGF wurde keine Bestellung eines Betriebsbeauftragten für Immissionsschutz vorgenommen und war bisher auch nicht erforderlich. Da aber bei allen Beauftragten im Umweltschutz bezüglich ihrer Pflichten, Aufgaben und Stellung im Betrieb auf das BImSchG zurückgegriffen wird, wird im Folgenden näher auf diese Thematik eingegangen.

Das Unternehmen darf zum Beauftragten nur bestellen, wer die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzt. Die Zuverlässigkeit erfordert, dass der Beauftragte auf Grund seiner persönlichen Eigenschaften, seines Verhaltens und seiner Fähigkeiten zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben geeignet ist. Die Fachkunde ist nur gegeben, wenn entsprechendes einschlägiges Fachwissen nachgewiesen werden kann und praktische Kenntnisse vorliegen.

Der jeweilige Beauftragte ist nach Unterrichtung des Betriebsrates schriftlich zu bestellen. Er hat den Unternehmer und seine Führungskräfte auf gesetzlicher Grundlage in der jeweils umweltrelevanten Angelegenheit zu beraten und ist verpflichtet auf umweltfreundliche Verfahren, einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung entstehender Abfälle, sowie auf Einführung von Erzeugnissen zur Wiederverwertung bzw. Wiederverwendung hinzuwirken.

Es ist durch innerbetriebliche Organisationsmaßnahmen sicherzustellen, dass der jeweilige Beauftragte seine Vorschläge oder Bedenken unmittelbar der Geschäftsführung vortragen kann.

## 2.2 Abfallentsorgung

Nach den Grundsätzen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ( KrWG ) ist die VGF verpflichtet Abfälle zu vermeiden, in zweiter Maßnahme zu verwerten und eine schadlose Entsorgung unvermeidbarer Abfälle herbeizuführen. Als Abfallerzeuger trägt die VGF die Verantwortung für die korrekte Einstufung und rechtskonforme Entsorgung der Abfälle.

Diese Maßnahmen beginnen mit der Beschaffung von Materialien durch die Materialwirtschaft und betreffen alle Fachbereiche in unserem Unternehmen. Jeder einzelne Mitarbeiter ist aber direkt aufgerufen, in seinem Arbeitsbereich eine Verminderung von Abfällen anzustreben.

Der Betriebsbeauftragte für Abfall nimmt innerhalb des Stabsbereichs Sicherheitstechnischer Dienstes/Umweltschutz seine Aufgaben wahr. Ihm obliegt generell die Festlegung der Abfallentsorgung.

## 2.3 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Gemäß dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) besteht die Verpflichtung beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen die erforderliche Sorgfalt anzuwenden und Verunreinigungen oberirdischer Gewässer sowie auch des Grundwassers zu vermeiden. Betroffen sind alle Liegenschaften der VGF, in denen wassergefährdende Stoffe (z.B. Diesel, Heizöl, Altöl, Lacke, Lösungsmittel, Frostschutzmittel, Reinigungsmittel) gelagert oder abgefüllt werden.

Anlagen zum Lagern und Abfüllen wassergefährdender Stoffe dürfen nur errichtet und betrieben werden, wenn eine Eignungsfeststellung vorliegt. Das Gefährdungspotential der Anlage und die Prüfpflicht durch Sachverständige nach dem WHG ist durch den Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz fest zu stellen und ggf. die erforderliche Anzeige gemäß § 47 Hessisches Wassergesetz beim Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen.

### 2.4 Abwasserbeseitigung

Nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist Abwasser so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Das Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (Indirekteinleitung) bedarf der Genehmigung durch die zuständige Behörde, soweit an das Abwasser in der Abwasserverordnung (AbwV) Anforderungen für den Ort des Anfalls des Abwassers oder vor seiner Vermischung festgelegt sind. In der Abwasserverordnung werden die Mindestanforderungen für das Einleiten von Abwasser, die Emissionsgrenzwerte und die Betreiberpflichten aufgeführt.

Der Sicherheitstechnische Dienst / Umweltschutz holt die nach WHG erforderliche Erlaubnis für die Indirekteinleitungen von den Liegenschaften der VGF ein (Stadtbahnzentralwerkstatt, Zentrale Werkstatt Infrastruktur, Hauptwache) ein, kontrolliert die erforderliche Eigenkontrolle, erstellt die jährlichen Eigenkontrollberichte nach der Hessischen Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) bzw. nach dem jeweiligen Erlaubnisbescheid, und ist Ansprechpartner für die behördliche Kontrolle der Einleitungen.

### 2.5 Verwendung von Gefahrstoffen

Mit dem Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz - ChemG) wurden die staatlichen Vorgaben festgelegt, die erforderlich sind um den Menschen und die Umwelt vor schädlichen Einwirkungen gefährlicher Stoffe und Gemische zu schützen, insbesondere sie erkennbar zu machen, sie abzuwenden und ihrem Entstehen vorzubeugen.

In der Gefahrenstoffverordnung (GefStoffV) werden die Details zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe sowie die Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten geregelt. Dem Arbeitgeber legt die Gefahrstoffverordnung bestimmte Ermittlungs-, Schutz- und Überwachungsvorschriften auf. Im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung ist durch eine fachkundige Person die durch die Tätigkeit mit Gefahrstoffen ausgehende Gefährdung der Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten zu beurteilen. Der Sicherheitstechnische Dienst / Umweltschutz stellt die fachkundige Person und führt die Gefährdungsbeurteilung durch.

Gefahrstoffe dürfen nur nach Freigabe durch den Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz eingekauft werden. Nach Freigabe erstellt der Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz eine Betriebsanweisung, in der die erforderlichen Schutzmaßnahmen als Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung für die Fachbereiche festgelegt sind.

### 2.6 Befördern gefährlicher Güter

Bei der VGF kommen folgende gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich der Beförderung gefährlicher Güter zur Anwendung:

- Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)
- Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB)
- Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GbV)

Die an der Beförderung gefährlicher Güter Beteiligten haben gemäß der GGVSEB die nach Art und Ausmaß der vorhersehbaren Gefahren erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um Schadensfälle zu verhindern und bei Eintritt eines Schadens dessen Umfang so gering wie möglich zu halten.

Die VGF ist aufgrund der Menge der transportierten gefährlichen Güter gemäß der GbV verpflichtet, einen Gefahrgutbeauftragten zu bestellen. Der Gefahrgutbeauftragte ist beim Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz angesiedelt. Der Gefahrgutbeauftragte nimmt die gemäß GbV erforderlichen Überwachungsaufgaben wahr und erstellt den Jahresbericht über die Tätigkeit der VGF in Bezug auf die Gefahrgutbeförderung. Der Gefahrgutbeauftragte nimmt die regelmäßige Schulung der in den Fachbereichen an den Transportvorgängen beteiligten Personen vor.

## 2.7 Altlasten, Aushub- und Abbrucharbeiten

Altlasten sind nach Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) Altablagerungen und Altstandorte, durch die schädliche Bodenveränderungen oder sonstige Gefahren für den Einzelnen oder die Allgemeinheit hervorgerufen werden. Nicht jede Altablagerung oder jeder Altstandort ist auch eine Altlast. Eine Einstufung als Altlast setzt voraus, dass durch Boden- und/oder Grundwasseruntersuchungen eine Kontamination durch Schadstoffe eindeutig nachgewiesen wurde. Die Abwicklung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen auf den Liegenschaften der VGF wird grundsätzlich federführend vom Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz behandelt.

Bei Aushub- und Abbrucharbeiten sind die Anforderungen zum Bodenschutz, aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und der Gefahrstoffverordnung zu beachten. Das gilt auch für Baumaßnahmen, für die zwar noch keine Anhaltspunkte für einen Verdacht vorliegen, bei denen Kontaminationen mit Schadstoffen aber nicht ausgeschlossen werden können. Vor Aushub oder Abbruch hat der Bauherr zu prüfen, ob der Boden, der Gleisschotter oder das Gebäude kontaminiert sind. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorgehensweise veranlasst der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz die erforderlichen Behördenkontakte, Genehmigung und Begutachtungen.

## 2.8 Asbestsanierung

Asbestprodukte dürfen wegen ihrer gefährlichen Eigenschaften generell nicht mehr hergestellt und verwendet werden. Der Einsatz von Asbestprodukten in baulichen Anlagen und Betriebseinrichtungen war in früheren Jahren aber gebräuchlich und entsprach auch den Gepflogenheiten.

Die in unseren Gebäuden, Arbeitsstoffen und Fahrzeugen noch vorhandenen asbesthaltigen Materialien werden gemäß der Technischen Regel für Gefahrstoffe „Asbest, Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten,“ (TRGS 519) behandelt. In der TRGS 519 sind die besonderen Schutzmaßnahmen für den Umgang mit Asbest und asbesthaltigen Gefahrstoffen bei Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten und bei der Abfallentsorgung geregelt.

Für die Sanierung von asbesthaltigen Baustoffen werden vom Sicherheitstechnischen Dienst / Umweltschutz die Grundsätze zur Durchführung als Bestandteil zum Leistungsverzeichnis bzw. zur Auftragserteilung erstellt.

Die Federführung bei Asbestsanierungen hinsichtlich der Bewertung der Dringlichkeit, Überwachung und Abnahme von Sanierungsmaßnahmen liegt beim Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz.

### 2.9 Künstliche Mineralfasern

Unter der Bezeichnung " Künstliche Mineralfasern " ( KMF ) sind anorganische Fasern zu verstehen. Diese Faserstoffe werden in Form von Filzen, Matten, Platten, Rohrschalen und loser Wolle angeboten. KMF weisen aber in der Regel eine wesentlich geringere Biobeständigkeit auf und haben auch ein günstigeres Spaltverhalten als Asbestfasern. Bei der VGF werden KMF in großem Umfang eingesetzt. Vor einem Umgang mit diesen Stoffen müssen Einstufungen nach Gefährdungskriterien vorgenommen werden.

Der Umgang mit alter Mineralwolle in den Gebäuden der Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH hat zum Schutz von Fahrgästen und Mitarbeitern nach der Technischen Regel für Gefahrstoffe „Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle“ (TRGS 521) zu erfolgen. Dies muss auch bei der Vergabe von Aufträgen an Fremdfirmen in der Ausschreibung festgelegt werden.

### 2.10 Weitere Sanierungs- und Umweltaufgaben

Wachsende Sanierungs- und Umweltaufgaben veranlassen den Gesetzgeber, zur Vermeidung und Behebung von Umweltschäden, die Anforderungsprofile anzupassen. Bei der Betrachtung von möglichen Einwirkungen und Vorgehensweisen müssen die gesetzlichen Regelungen, die betrieblichen Festlegungen der VGF und auch die von außen einwirkenden Umweltereignisse mit einbezogen werden.

## 3 Innerbetriebliche Regelungen der VGF

Die kontinuierlich fortschreitende Umweltgesetzgebung sowie die nachhaltigen Bestrebungen des Gesetzgebers verstärkt die Anlagenbetreiber zu einer effektiven Selbstüberwachung anzuhalten, machen es erforderlich, den Aufgabenbereich Umweltschutz organisatorisch zu regeln.

### 3.1 Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz

Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz – Stabsbereich - hat dafür Sorge zu tragen, dass die dem Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen dienenden Vorschriften im Unternehmen beachtet werden. Zu aktuellen Themenbereichen, insbesondere bei Gesetzesänderungen entwickelt der Stabsbereich betriebsübergreifende Konzepte, die auch den vorbeugenden Umweltschutz einbeziehen. Diese Festlegung dient auch einem einheitlichen Vorgehen im Unternehmen.

Die erforderlichen und bestellten Betriebsbeauftragten im Umweltschutz sind dem Stabsbereich Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz zugeordnet. In den betroffenen Kapiteln werden die damit verbundenen Funktionen und Aufgaben näher behandelt.

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorgehensweise veranlasst der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz alle erforderlichen Behördenkontakte, Genehmigungen und Begutachtungen.

### 3.2 Fachbereiche

Die Fachbereiche haben Sorge zu tragen, dass die gesetzlichen Anforderungen und innerbetrieblichen Regelungen in ihrem Zuständigkeitsbereich erbracht werden. Die Fachbereiche sind dabei für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, die Durchführung von erforderlichen Maßnahmen, die regelmäßigen Überwachungen und die Unterweisungen der Mitarbeiter verantwortlich.

Um sicherzustellen, dass die Belange des Umweltschutzes und insbesondere die gesetzlichen Anforderungen schon in den Planungsprozessen eine Berücksichtigung finden, ist bei der Einführung neuer Produkte, Arbeitsstoffe, Arbeitsverfahren und Baumaßnahmen der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz einzubinden.

Zur Auswertung und Darstellung der erbrachten bzw. noch anstehenden Aufgaben im Umweltschutz haben die einzelnen Organisationseinheiten dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und Auskünfte zu erteilen.

Für Notfälle, z.B. im Brandfall, Unfällen mit Gefahrstoffen und wassergefährdenden Stoffen, ist von den betroffenen Geschäfts- bzw. Fachbereichen für jede Liegenschaft in Abstimmung mit dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz ein Alarmplan zu erstellen.

Bei Betriebsstörungen bzw. Vorkommnissen mit möglichen Auswirkungen auf den Umweltschutz ist umgehend der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz einzuschalten.